



Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung Februar 2025

TOP 1 **Regierungsbefragung**

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im Februar die Möglichkeit, sich mit ihren Fragen direkt an die Ministerinnen und Minister der Landesregierung zu wenden.

TOP 2 (a+b) **Haushalt 2025/2026**

Parallel zum Haushaltsgesetz 2025/2026 legte die Landesregierung im Oktober 2024 ein Haushaltbegleitgesetz vor. Durch dieses sogenannte Artikelgesetz sollen gleichzeitig mehrere Gesetze geändert werden, die direkt unter dem Einfluss des neuen Landeshaushalts stehen – so zum Beispiel das Altlastenanstaltsgesetz, das Schulgesetz und das Finanzausgleichsgesetz. Der Finanzausschuss spricht sich mit 7:5:0 Stimmen für die Annahme des Gesetzentwurfs aus. (b) Die Landesregierung brachte im Oktober 2024 den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 (Haushaltsgesetz 2025/2026 bzw. HG 2025/2026) in den Landtag ein. In der nun vom Finanzausschuss vorgelegten Beschlussempfehlung zum Haushaltsplan belaufen sich die Einnahmen und Ausgaben auf 15 102 956 800 Euro für 2025 und auf 15 631 673 800 Euro für 2026. Der Finanzausschuss spricht sich mit 7:6:0 Stimmen für die Annahme des Gesetzes aus.

TOP 3 **Ladenöffnungszeiten**

Die fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung im Einzelhandel führten dazu, dass sich die Versorgungsbedürfnisse der Bevölkerung veränderten, konstatieren die Fraktionen von CDU, SPD und FDP. Um diesen neuen Anforderungen gerecht zu werden, sollte laut Gesetzentwurf der Regierungskoalition die Möglichkeit geschaffen werden, vollautomatisierte Verkaufsstellen auch an Sonn- und Feiertagen in einer mit dem verfassungsrechtlich garantierten Sonn- und Feiertagsschutz vereinbarenden Weise zu öffnen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus empfiehlt dem Landtag mit 7:2:3 Stimmen, den Gesetzentwurf in unveränderter Fassung anzunehmen.

TOP 4 **Deutschlandticket**

Das Deutschlandticket sei eine Säule für klimafreundliche Mobilität von morgen und eine zukunftsweisende Tarifrevolution, befindet die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es ermögliche einen einfachen Zugang zu Bussen und Bahnen im gesamten deutschen Verkehrsraum. Durch einen Antrag der Grünen soll sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine dauerhafte Finanzierung über das Jahr 2025 hinaus und für die Schaffung eines „Deutschlandtickets sozial“ einsetzen, um sozioökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen finanziell zu entlasten.

TOP 5 **Ernteauffälle**

Durch die späten Nachtfrost im April 2024 sei es insbesondere im Obst- und Weinbau zu massiven Schäden gekommen, konstatierte die Fraktion Die Linke im Juni 2024. In ihrem Antrag sprach sich Die Linke unter anderem dafür aus, kurzfristige Hilfen für die bedrohten Obstanbaubetriebe bereitzustellen und für die Weinanbaubetriebe zu prüfen. Der Ausschuss

für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten empfiehlt mit 10:0:3 Stimmen, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

TOP 6 Migration

Die AfD-Fraktion bringt einen „5-Punkte-Plan zur Bewältigung der Migrationskrise“ in den Landtag ein. Die Landesregierung soll sich auf Bundesebene unter anderem für dauerhafte Grenzkontrollen an den deutschen Staatsgrenzen zu allen Nachbarstaaten einsetzen, ausnahmslos alle Versuche illegaler Einreisen müssten zurückgewiesen werden. „Personen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, dürfen nicht mehr auf freiem Fuß sein. Sie müssen unmittelbar in Haft genommen werden“, so die AfD-Fraktion. Dies müsse insbesondere für Straftäter und Gefährder gelten.

TOP 7 Wohngeld

Beschäftigte und Rentner müssten in Sachsen-Anhalt bundesweit mit geringsten Löhnen bzw. Renten auskommen, moniert die Fraktion Die Linke. Durch deren Antrag soll die Landesregierung unter anderem im Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Verfahren zum Bezug des Wohngelds schaffen, das eine schnellere und breitere Erst- und Folgebeantragung ermöglicht. Die Kommunen sollen personell, finanziell und technisch beim Bearbeiten der Wohngeldanträge unterstützt werden, um die Bewilligungen und Zahlungen deutlich zu beschleunigen und mehr Beratungen für Antragsteller anzubieten.

TOP 8 Aktuelle Debatte „Innovationsmotor KI“

Die vergangenen Monate hätten eindrucksvoll gezeigt, wie KI Prozesse in der Wirtschaft automatisieren und unterstützen könne, die Anwendungsmöglichkeiten seien vielseitig und viele IT-Unternehmen setzten Sprachmodelle und Künstliche Intelligenz bereits ein, konstatiert die FDP-Fraktion, die zu dem Thema eine Aktuelle Debatte beantragt hat.

TOP 9 Aktuelle Debatte „Normalisierung statt Spaltung“

Unter dem Titel „Normalisierung statt Spaltung – Wählerwillen respektieren, Hinterzimmerpolitik beenden, Probleme lösen“ hat die AfD-Fraktion eine Aktuelle Debatte beantragt. Auch namhafte CDU-Politiker forderten das Einreißen der Brandmauern und die parlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD bei drängenden Sachthemen, meint die AfD-Fraktion.

TOP 10(a+b) Aktuelle Debatte „Gesundheit“

(a) In Zeiten, in denen marktwirtschaftliche Strukturen und Gewinnmaximierung zunehmend zu Versorgungsengpässen und sozialen Benachteiligungen führten, müsse die öffentliche Hand ihrer Verantwortung nachkommen, meint die Fraktion Die Linke und hat unter dem Titel „Gesundheit in öffentliche Hand. Krankenhäuser retten statt Rendite sichern.“ eine Aktuelle Debatte beantragt.

(b) Parallel zur Aktuelle Debatte wird ein Antrag der Fraktion Die Linke beraten, durch den die Landesregierung einen Krankenhausgipfel mit allen relevanten Akteuren einberufen soll, um zügig eine nachhaltige, soziale und gemeinwohlorientierte Krankenhausplanung vorzulegen. Zudem soll sie mit einem finanziellen Rettungsschirm die akut bedrohte Krankenhauslandschaft stabilisieren.

TOP 11 Volksentscheid

Durch einen Gesetzentwurf will die AfD-Fraktion eine Änderung der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt und des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid erreichen. So soll unter anderem das Einleitungsquorum für Volksinitiativen von derzeit 30 000 auf 20 000 Unterschriften der Wahlberechtigten abgesenkt werden. Das Einleitungsquorum für Volksbegehren soll von derzeit 7 Prozent auf 5 Prozent der Unterschriften der Wahlberechtigten reduziert werden. Es kommt (ohne vorherige Ausschussüberweisung) zur Abstimmung über den Gesetzentwurf.

TOP 12 Gesundheitswesen

Mit Wirkung vom 1. Januar 2022 ist Sachsen-Anhalt dem Abkommen über die Errichtung und Finanzierung der Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf für die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten im Öffentlichen Gesundheitsdienst aus dem Jahr 1971 beigetreten. Der Landtag muss diesem Beitritt noch per Gesetzesbeschluss zustimmen.

TOP 13 Erledigte Petitionen

Der Ausschuss für Petitionen legt seinen Bericht über eingegangene und abschließend behandelte Petitionen im Zeitraum vom 1. Juni bis 30. November 2024 vor. Insgesamt eingegangen waren 205 Petitionen; Spitzenreiter war der Bereich „Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr“ (37), gefolgt von „Inneres“ (24) und „Justiz“ (21). Abschließend behandelt wurden im selben Zeitraum 248 Petitionen; Spitzenreiter waren hier die Bereiche „Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr“ und „Gesundheit und Soziales“ (je 43), gefolgt von „Landtag“ (30).

TOP 14 Frühkindliche Bildung

Aufgrund der sinkenden Geburtenzahlen in Sachsen-Anhalt bestehe die Gefahr, dass pädagogisches Fachpersonal zur Betreuung von Vorschulkindern entlassen oder Stunden reduziert werden müssten, meint die Fraktion Die Linke. Frühkindliche Bildung sei jedoch sehr wichtig. Die Landesregierung soll daher per Antrag aufgefordert werden, eine Regelung für den Personalschlüssel im Jahr 2025 zu schaffen, sodass es zu keinen Personalentlassungen oder Stundenreduzierungen kommt. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung empfiehlt dem Landtag mit 7:2:3 Stimmen, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

TOP 15 Bundesgartenschau 2035

Der Stadtrat von Dessau-Roßlau hatte im März 2023 mit großer Mehrheit beschlossen, dass sich die Stadt um die Ausrichtung der Bundesgartenschau im Jahr 2035 bewerben soll. Auf Basis eines gemeinsamen Antrags der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollte der Landtag diese Bewerbung im Juni 2023 unterstützen. Dessaus Bewerbung war zwischenzeitlich erfolgreich. Der Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten empfiehlt nun die Annahme des Antrags mit 7:0:6 Stimmen, der jedoch neuen Inhalts ist.

TOP 16 Kleingartenwesen

Das Kleingartenwesen sei unter verschiedenen Aspekten sehr wertvoll, so die Fraktion Die Linke im April 2024. Per Antrag sollte die Landesregierung unter anderem die sich verändernden Rahmenbedingungen des Kleingartenwesens in Sachsen-Anhalt analysieren und dann politische, rechtliche und ökonomische Handlungsfelder definieren, wie es gestärkt

werden könnte. Der Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten empfiehlt dem Landtag mit 7:0:6 Stimmen, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

TOP 17 Bestattungsgesetz

Im Januar 2022 hatte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen des Landes Sachsen-Anhalt (Drs. 8/553) in den Landtag eingebracht. Hierzu führte der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung im September 2023 eine Anhörung durch. Über ein Jahr danach liegt noch immer keine Beschlussempfehlung vor, sodass die Grünen nun ein Berichterstattungsverlangen nach § 14 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags einbringen.

TOP 18 Pflege zuhause

Pflegende Angehörige seien aufgrund ihres Arbeitsaufwands das „größte Pflegeunternehmen“ im Land, konstatiert die Fraktion Die Linke. Zur Verbesserung der Situation und unter Berücksichtigung der individuellen Bedarfe pflegender Angehöriger soll die Landesregierung unter anderem Pflegelotsinnen und Pflegelotsen bzw. eine Pflegeberatung etablieren, die die zu Pflegenden und auch deren Angehörige durch das unübersichtliche System von Sozial- und Versicherungsleistungen führen. Zudem soll ein Servicetelefon eingerichtet werden, das 24/7 für pflegende Angehörige erreichbar sei.

TOP 19 Architektur

Eine Richtlinie zur Förderung hochwertiger Architektur in Sachsen-Anhalt stärke die kulturelle und bauliche Identität des Landes, meint die AfD-Fraktion und bringt einen Antrag ein, durch den Bauprojekte aus öffentlicher Hand „in einer bestimmten anerkannten Bautradition zu stehen“ [preußischer Klassizismus für staatliche Repräsentativbauten] hätten. Modernistische Traditionsbrüche und traditionslose Experimente wären unzulässig. Vorbild dieser Richtlinie sei die unter Donald Trump erlassene Executive Order „Promoting Beautiful Federal Civic Architecture“, so die AfD-Fraktion.

TOP 20 Wahl eines Vizepräsidenten

Der Landtag von Sachsen-Anhalt soll auf erneuten Vorschlag der AfD-Fraktion das Mitglied des Landtags Matthias Lieschke zum Vizepräsidenten des Parlaments wählen. Seit Beginn der 8. Wahlperiode sind sowohl er als auch schon mehrere weitere AfD-Abgeordnete zur Wahl angetreten, allerdings jedes Mal am Mehrheitsvotum gescheitert.

TOP 21 Klimageld

Die Reduktion der Treibhausgasemissionen sei eine der größten globalen Herausforderungen, auch Sachsen-Anhalt könne seinen Beitrag leisten, so die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Durch deren Antrag soll sich die Landesregierung auf Bundesebene unter anderem dafür einsetzen, die Stromsteuer für alle Stromabnehmer auf das europäische Mindestmaß abzusenken sowie zur Reduzierung der Strompreise die Bezuschussung der Netzentgelte umzusetzen. Spätestens bis zum 1. Januar 2026 soll ein Mechanismus für die Auszahlung eines sozialen Klimageldes zur Verfügung stehen.